
4523/J XXII. GP

Eingelangt am 05.07.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Michael Spindelegger, Dipl.-Ing. Maximilian Hofmann,
Kolleginnen und Kollegen

an die Bundesministerin für Justiz

betreffend Österreichische EU-Präsidentschaft, Leistungen und Ergebnisse

Zum zweiten Mal seit dem österreichischen EU-Beitritt hatte Österreich im ersten Halbjahr 2006 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union, die so genannte EU-Präsidentschaft.

Österreich hat den Vorsitz in einer schwierigen Situation der Union übernommen und hat dieses Halbjahr zu einem auf der europäischen Ebene über Partei- und Ländergrenzen hinweg von allen Seiten anerkannten Erfolg für Europa gestaltet.

Der europaweite Respekt für die österreichische Präsidentschaft gründet sich auf die erreichten Fortschritte und Lösungen in lange umstrittenen wichtigen inhaltlichen Fragen, auf die äußerst professionelle Vorbereitung und Durchführung, auf die gesetzten Maßstäbe in der Zusammenarbeit etwa mit dem Europäischen Parlament oder zwischen den Parlamenten der Mitgliedsstaaten, und auf die Zukunftsthemen, die Österreich eingebracht und auf der Agenda der europäischen Diskussion verankert hat.

Darüber hinaus präsentierte sich Österreich sechs Monate lang hervorragend im Blickpunkt der weltweiten öffentlichen Aufmerksamkeit und Medienberichterstattung. Österreich hat die Erwartungen an die Präsidentschaft bestens erfüllt, in vielen Bereichen übertroffen. Die österreichische EU-Präsidentschaft ist ein Erfolg für ganz Österreich.

Nachdem auch in Österreich selbst angesichts des Erfolges der Präsidentschaft kein Anlass mehr für inhaltliche Kritik besteht, meldet sich nun im Nachhinein die Opposition zu Wort, um angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes parteipolitisches Kleingeld zu wechseln. Demnach seien die Ausgaben für die Präsidentschaft höher gewesen als veranschlagt.

Um auch in diesem Punkt höchstmögliche Transparenz an die Stelle oppositioneller Spekulationen zu stellen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesministerin für Justiz folgende

Anfrage:

1. Wie viele formelle Treffen wurden in Ihrem Ressortbereich vom österreichischen Ratsvorsitz geleitet?
2. Wo und wann fanden diese Treffen statt?
3. Wie viele informelle Treffen wurden in Ihrem Ressortbereich vom österreichischen Ratsvorsitz abgehalten?

4. Wo und wann fanden diese Treffen statt?
5. Was waren die wichtigsten inhaltlichen Ergebnisse, die in Ihrem Ressortbereich während des ersten Halbjahres 2006 erzielt wurden?
6. Wie hoch sind die finanziellen Aufwendungen, die Ihrem Haus durch die Ratspräsidentschaft Österreichs entstanden sind?
7. Waren dafür Zusatzbudgets veranschlagt?
8. Wie viel zusätzliches Personal wurde für den EU-Vorsitz von Ihrem Haus aufgenommen? Waren für die Bedeckung der dafür entstandenen Kosten Zusatzbudgets erforderlich?
9. Wie viele neue Planstellen wurden in diesem Zusammenhang geschaffen?
10. Wurden im Zuge des EU-Ratsvorsitzes 2006 in Ihrem Ministerium Werkverträge bzw. Arbeitsleihverträge abgeschlossen? Wenn ja, aus welchem Grund? Wie hoch sind die Kosten dafür?
11. In welchem Verhältnis stehen die Kosten des EU-Ratsvorsitzes Ihres Ministeriums mit dem Nutzen für Österreich?